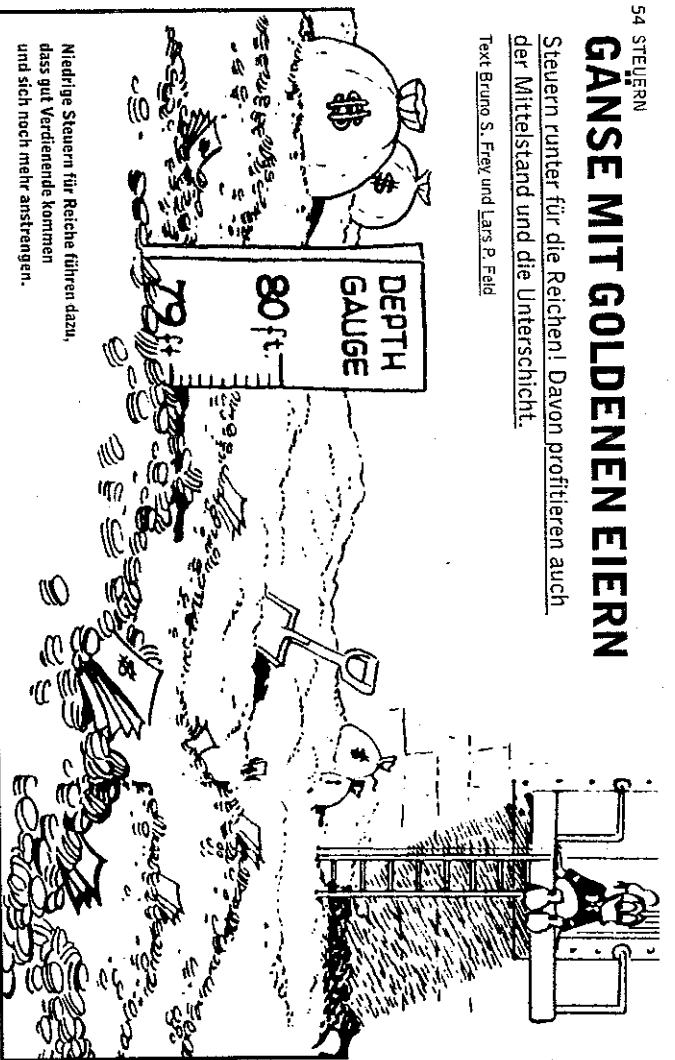


GÄNSE MIT GOLDENEN EIERN

Steuern runter für die Reichen! Davon profitieren auch der Mittelstand und die Unterschicht.

Text Bruno S. Frey und Lars P. Feld



Niedrige Steuern für Reiche führen dazu, dass gut Verdienende kommen und sich noch mehr anstrengen.

Weniger Steuern für die Reichen sollen für alle von Vorteil sein? Dies scheint eine waghalsige Behauptung zu sein. Profitieren nicht vor allem die Reichen, die nun weniger Steuern zu bezahlen haben und deshalb über ein höheres Einkommen verfügen können? Wie sollen all die andern, die nach wie vor die gleichen Steuern zu bezahlen haben, daraus einen Vorteil ziehen?

Sinnvollerweise wird Reichtum am privaten Vermögen gemessen. Häufig schätzt man aber auch die Bezüger hoher Einkommen als «reich» ein. Als «reich» werden dann Familien bezeichnet, die ein Einkommen von mehr als 200 000 Franken pro Jahr beziehen. Dazu zählen offensichtlich nicht nur Topmanager, sondern auch Doppelverdiener mit zum Beispiel je 100 000 Franken Einkommen. In der Schweiz zählen nach dieser Definition 1,7 Prozent der Familien zu den Reichen, im Kanton Zürich sind es 2,5 Prozent und in der Stadt Zürich 1,3 Prozent.

Was sind die Gründe, dass eine steuerliche Entlastung dieser Reichen auch den weniger Verdienenden zugute kommt?

Wir leben heute in einer offenen Welt. Es ist einfach, einen neuen Wohnsitz zu wählen. Bezüher hoher Einkommen, die sich durch die Steuern ungebührlich belastet fühlen, wandern ohne grossen Aufwand von einer Gemeinde oder einem Kanton zum andern. Das Gleiche gilt für Länder und Kontinente. Dadurch verliert die bisherige Gebietskörperschaft diejenigen, die am meisten zum Staatshaushalt beitragen.

Diese Erfahrung hat der Kanton Baselnd zu seinem eigenen Schaden machen müssen. Die SP reichte 1972 eine Initiative für eine Reichtumssteuer ein. Sie wurde von den Stimmbürgern mit 55,6 Prozent angenommen. Diese Reichtumssteuer sah eine drastische Verschärfung der Progression der Einkommenssteuer vor. Bei einem Einkommen von über 500 000 Franken erreichte sie 140 Prozent des ordentlichen Steuerbetrags. Dadurch wurde eine Abwanderung ausgelöst: Bis zum Frühjahr 1973 gingen dem Kanton bereits 7,5 Millionen Schweizerfranken an Steuern verloren. 6,5 Millionen Franken davon betrafen die erwarteten Erträge aus der Reichtumssteuer. Die Zuwanderung ins-

besondere aus dem Kanton Basel-Stadt wurde gestoppt. Personengesellschaften wurden in AGs umgewandelt, Etschaf ten durch Schenkungen umgangen, das Familieneinkommen gleichmässiger auf Angehörige verteilt. Vermögen verlagert und Einkommen über den Lebenszyklus so verteilt, dass daraus die geringste Steuerlast anfiel.

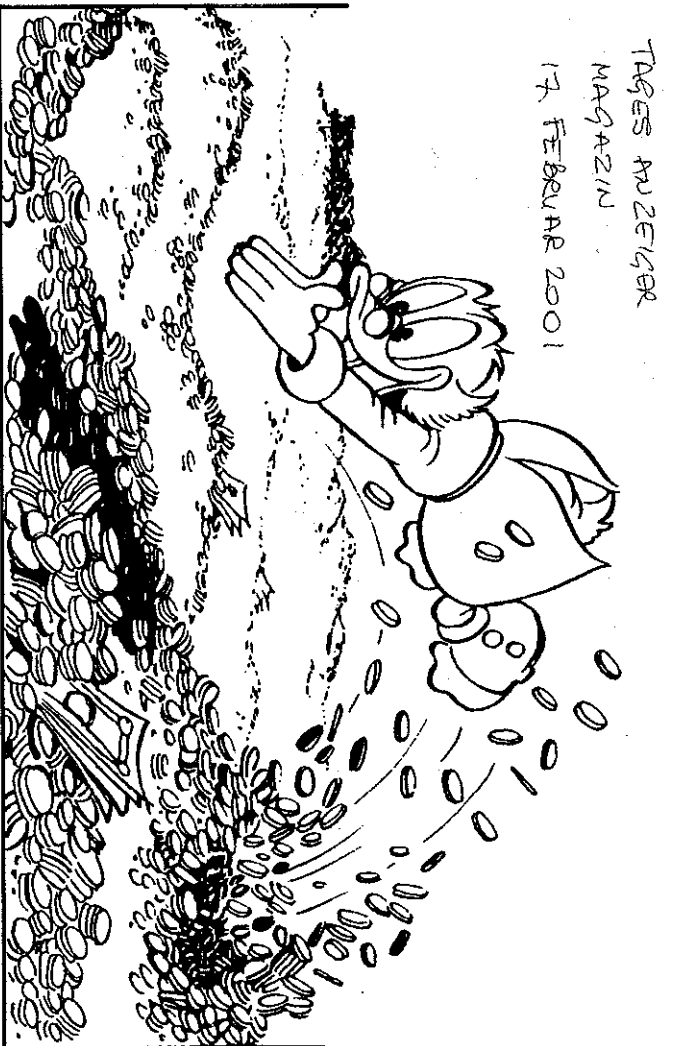
Zu den legalen Möglichkeiten zur Steuerermüdung trat eine Erosion der Steuermoral. Die von den betroffenen Steuerzahlern als unanständig empfundene zusätzliche Steuerbelastung forderte die Steuerhinterziehung. Der Reichtumssteuer war deshalb kein langer Lebens beschieden. Bereits 1975 wurde wiederum mit Zustimmung des Volkes ein neues kantonales Steuergesetz eingeführt. Die Steuerbelastung und die Progression der Einkommen natürlicher Personen wurde wesentlich reduziert.

Nun könnte die Folgerung gezogen werden, eine hohe Besteuerung der Reichen würde schon wirken, wenn überall in der Schweiz die gleiche Steuerbelastung bestünde. In der Tat wird immer wieder eine Harmonisierung und Vereinheitlichung der Steuern gefordert.

TAGES ANZEIGER

MAGAZIN

17. FEBRUAR 2001



Gerade Politiker treten gerne für dieses populäre Anliegen ein.

Den Steuerwettbewerb zu verteidigen ist allerdings aus zwei Gründen eine schlechte Idee: Erstens bestehen auch bei einer national einheitlichen Steuerbelastung für die stark besteuerten Reichen immer Ausweichmöglichkeiten. Sie können in andere Länder ziehen. Dies wird uns häufig durch die Grössen des Sport- und Showbusiness vorgeführt. Reiche finden ausserdem stets Schlupflöcher zur Verminderung ihrer alten hohen Belastung, weil sie sich die besten Steueranwälte leisten können. Schliesslich gibt die hohe Steuerbelastung einen Anreiz, Tätigkeiten in der völlig unbesteuerte Schattenwirtschaft zu verlagern. Dagegen lässt sich gerade im Zehntaler des E-Business selbst bei scharfen Kontrollen wenig ausrichten.

Zweitens wirken einheitliche Steuern wie eine Koalition der Regierenden gegen die Bürger. Steuerwettbewerb zwängt hingegen die Politiker und die staatliche Verwaltung, gut zu wirtschaften. Ein Kanton oder eine Gemeinde kann die Einwohner nur halten, wenn

die Bürger durch Steuern möglichst angemessen belastet werden und auf deren Wünsche bestmöglich eingegangen wird. Die Unterschiede in den Steuern führen somit insgesamt zu einer tieferen Steuerbelastung und zu einer sinnvollen Verwendung staatlicher Gelder.

Dies kommt allen Bürgern zugute. In der Schweiz im Vergleich zu andern Ländern insgesamt massigen Steuern und die trotzdem gute Versorgung mit öffentlichen Leistungen gehen wesentlich auf den Steuerwettbewerb zurück. Daraus folgt: Eine geringe Progression der Steuern und sogar eine Entlastung der Reichen ist für alle vorteilhaft. Gut verdienende Personen werden an gezogen und insgesamt die Steuerentnahmen erhöht. Personen mit geringem Einkommen brauchen weniger besteuert zu werden. Die Kantone Zug und Schwyz, die sonst arm wären, haben diese Möglichkeit genutzt – übrigens immer mit der Zustimmung ihrer Bürger.

Die Reichen weniger zu besteuern hat zudem weitere gewichtige Vorteile: – Es entsteht ein Klima, in dem sich gute Staatsbürger wohl fühlen. Diese sind durchaus bereit, ihre Steuern zu bezahlen, wenn sie nicht unverhältniss hoch sind und der Staat dafür eine entsprechende Leistung liefert.

– Jüngere Leute mit noch tiefem Einkommen sehen es als vorteilhaft an, sich weiterzubilden, um dann später ein höheres Einkommen zu erzielen. Wer sich in jüngeren Jahren an ein Gemeinwesen bindet, wird später auch eher bleiben, selbst wenn die Steuerbelastung höher wird. Diese besonders dynamischen Leute sind für ein Staatswesen unentbehrlich. Nur sie sichern für die Zukunft eine wirtschaftliche Weiterentwicklung.

– Die bereits gut Verdienenden werden ermutigt, ihr Einkommen weiter zu mehren. Sie werden sich noch mehr anstrengen, noch länger arbeiten. Was ist dagegen einzuwenden, wenn dadurch der Staat höhere Einnahmen erzielt?

Unsere Diskussion zeigt: Man sollte die Gänse (in diesem Falle die Reichen), welche die goldenen Eier legen (in unserem Fall wesentliche Steuerentnahmen bringen) sorgsam pflegen und sie nicht vertreiben oder entnutzen.

Bruno S. Frey ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich. Lars P. Feld ist Dozent an der Universität St. Gallen.